

Auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt



In dieser Woche wird im Bundestag in erster Lesung das Haushaltsgesetz 2008 beraten. Im nächsten Jahr wird die Neuverschuldung des Bundes um 6,7 Milliarden Euro auf 12,9 Milliarden Euro sinken. Das ist der niedrigste Wert seit der Deutschen Einheit. Auch die Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushaltes erreicht mit 4,6 Prozent den niedrigsten Stand seit 1973.

Die Union will auch in der Zukunft mit dem Reformdreiklang „Sanieren, Investieren und Reformieren“ weitermachen. Spätestens 2011 soll die Neuverschuldung ganz auf Null zurückgefahren werden. Danach will die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag den Schuldenberg abtragen, um weitere Handlungsspielräume zu erlangen.

Der Haushalt 2008 sieht Ausgaben in Höhe von 283,2 Milliarden Euro vor. Die Investitionen werden bei 24,3 Milliarden Euro gehalten.

Die Staatsausgabenquote kann so weiter gesenkt werden. Sie sinkt nach 50 Prozent im Jahr 1996 auf ihr Niveau vor der Deutschen Einheit mit 43 Prozent.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag unterstützt den Konsolidierungskurs der Bundesregierung. Die Fraktion stärkt dem Bundesfinanzminister ausdrücklich den Rücken gegen immer neue Begehrlichkeiten seiner Partei. Die Union schlägt vor, alle Einnahme- und Ausgabepositionen nochmals kritisch zu überprüfen, um auf der Ausgabenseite investive Maßnahmen zu stärken und konsumtive Ausgaben entsprechend zu reduzieren. Bestehende Programme sollen auf ihre Effektivität hin geprüft werden, um gegebenenfalls finanzielle Mittel in zukunftsgerichtete Programme defizitneutral umschichten zu können. Zudem sollen bestehende Globale Minderausgaben überprüft und möglichst aufgelöst werden. Nur so kann die Politik sicherstellen, dass der Staat auch noch in Zukunft handlungsfähig ist und nicht von Schulden erdrückt wird.

(Foto: photocase)

Den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt verstärken

Auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich die Union das Ziel gesetzt, dass möglichst viele Bürger in den Genuss des Aufschwungs kommen sollen. Dazu soll der Beitrag der Arbeitslosenversicherung weiter gesenkt werden. Und das möglichst schon zum Jahresbeginn 2008. Die Empfänger von Arbeitslosengeld II sollen zudem künftig besser durch ihre Job-Center betreut werden. Die Hinzuverdienstmöglichkeiten möchte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhöhen, um Anreize zu setzen, auch niedrig entlohnte Arbeit anzunehmen. Dem gleichen Zweck dient auch die Einführung eines Lohnzuschusses für vollzeitbeschäftigte Bedürftige. Außerdem will die Union die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik deutlich auf die wenigen tatsächlich funktionierenden Maßnahmen reduzieren. Die Stärkung der Rolle privater Haushalte als Arbeitgeber soll zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vor allen Dingen für Geringqualifizierte schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde!



In dieser ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause steht traditionell der Bundeshaushalt für das

kommende Jahr in erster Lesung auf der Tagesordnung. Die große Koalition setzt mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf ihren erfolgreichen Konsolidierungskurs konsequent fort. Der Haushalt 2008 sieht Ausgaben in Höhe von 283,2 Mrd. Euro vor. Die Neuverschuldung wird im Vergleich zu 2007 um weitere 6,7 Mrd. Euro auf 12,9 Mrd. Euro gesenkt. Es gilt, diese weiter zu reduzieren. Auch die Staatsausgabenquote sinkt weiter und wird in Kürze wieder den Stand vor der Deutschen Einheit erreichen. Für die anstehenden parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt streben wir an, investive Maßnahmen und Programme weiter zu stärken und konsumtive Ausgaben entsprechend zu reduzieren.

Die Verhaftung von drei Terroristen, die am Rande der Beratungen auch ein Hauptthema hier im politischen Berlin sind, hat erneut gezeigt, dass sich auch Deutschland im Fadenkreuz radikal-islamistischer Terrorgruppen befindet. Nur durch das Eingreifen unserer Sicherheitskräfte und die vertrauensvolle internationale Kooperation ist es möglich gewesen, dass die mörderischen Pläne rechtzeitig aufgedeckt und vereitelt werden konnten. Die Anschlagplanungen zeigen aber auch: Die Bekämpfung des Terrorismus duldet keinen Aufschub. Wir können die Probleme nicht durch Abwarten lösen, wie die SPD das offensichtlich möchte, sondern müssen so schnell wie möglich handeln. Unsere Ermittlungsbehörden brauchen das Recht, Terrorverdächtige effizient zu überwachen, um massenmörderische Anschläge zu verhindern. Dazu gehört in Zeiten von E-Mail und Internet selbstverständlich auch das Instrument der Online-Fahndung. Als Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuss setze ich mich persönlich für den Einsatz dieser unabhängigen Ermittlungsinstrumente ein. Der Einführung der Online-Fahndung zum Schutz der Bürger darf sich auch der Koalitionspartner nicht verweigern!

Viel Spaß beim lesen des Newsletters
wünscht Ihnen

Helmut Brandt, MdB

Steffen Kampeter MdB: Konsolidierung mit Perspektive

Auftakt der viertägigen Haushaltsberatungen



Die große Koalition kann eine große Erfolgsgeschichte bei der Konsolidierung der öffentlichen Staatsfinanzen vorweisen. Der Einsatz der Menschen werde nun belohnt, hob der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Steffen Kampeter, am ersten Tag der viertägigen Haushaltsberatungen hervor.

Der Bundestag hat am Dienstag die Haushaltsberatungen für den Bundeshaushalt 2008 aufgenommen. Vier Tage wird der Bundestag in erster Lesung im Plenum über den Entwurf der Bundesregierung und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück debattieren.

Zum Auftakt wies der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Steffen Kampeter auf die "große Erfolgsgeschichte bei der Konsolidierung der öffentlichen Staatsfinanzen" hin. In erster Linie sei den Menschen in unserem Land zu danken, die durch ihre Anstrengungen und ihren Einsatz zentral dazu beigetragen haben. Der Einsatz der Menschen werde nun belohnt, sagte Kampeter. Die große Koalition praktiziere mit dem Haushalt 2008, der unter dem Motto Konsolidierung mit Perspektive steht, Haushaltspolitik zum Wohle der Bürger und nachfolgender Generationen.

Die große Koalition lege für das kommende Jahr einen Haushalt vor, der erneut die niedrigste Nettokreditaufnahme seit der Wiedervereinigung aufweise. Ziel sei ein ausgeglichener Haushalt möglichst vor 2011 und danach der Abbau der Staatsschulden. Die Union stehe für das "Projekt Stoltenberg": Viel Staat sei für die Bürger kein Segen, sondern weniger Staat eröffne Chancen für mehr Freiheit. Die Bürgerinnen und Bürger sollten nicht kompliziert das Geld zurück erhalten, was man ihnen vorher abgenommen habe, sondern der Staat dürfe nur das nehmen, was gut begründet werden könne. Nach diesem Grundsatz hatte der frühere Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) im Kabinett Kohl gehandelt.

Kampeter erinnerte daran, dass es in relativ kurzer Zeit gelungen sei, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,9 Prozent auf 4,2 Prozent abzusenken. Er nannte angesichts der guten Konjunktur als Zielgröße der CDU/CSU einen Wert von 3,5 Prozentpunkten. Zudem habe die Koalition neue Impulse gesetzt, beispielsweise in der Familien- und Bildungspolitik. Es sei jedoch nicht alles finanzierbar: Kampeter lehnte eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze ab. Ziel müsse es sein, stärker Langzeitarbeitslose und geringqualifizierte Menschen in reguläre Beschäftigung zu bringen. Arbeitsmarktmaßnahmen, die Arbeitslosigkeit eher verfestigen, müssen identifiziert und abgeschafft werden, forderte der CDU-Politiker.

Merkel hält weiter Spitzenposition bei Sympathiewerten



Bundeskanzlerin Angela Merkel ist weiterhin die beliebteste Politikerin in Deutschland. 75 Prozent der Bundesbürger sind mit der Arbeit der Bundeskanzlerin zufrieden. Den Vergleich mit dem Amtsvorgänger entscheidet Bundeskanzlerin Merkel klar zu ihren Gunsten. 58 Prozent der Befragten denken, sie leiste bessere Arbeit als ihr Vorgänger Gerhard Schröder. Bei den CDU/CSU-Anhängern erreicht sie in dieser Frage eine Mehrheit von 89 Prozent, sogar bei den FDP-Sympathisanten (71 Prozent) und bei den Linken-Anhängern (47 Prozent) führt die Bundeskanzlerin. (Quelle: Infratest-Dimap)

Mehr Entschlossenheit in der Terrorismusbekämpfung

Die Verhaftung von drei Terroristen am vergangenen Dienstag hat erneut gezeigt: Deutschland befindet sich im Fadenkreuz radikal-islamistischer Terrorgruppen. Nur dem Eingreifen unserer Sicherheitskräfte und vertrauensvoller internationaler Kooperation ist es zu verdanken, dass die mörderischen Pläne rechtzeitig aufgedeckt und vereitelt werden konnten. Die Anschlagplanungen zeigen aber auch: Die Bekämpfung des Terrorismus duldet keinen Aufschub. Die Probleme können nicht durch Abwarten gelöst werden, wie die SPD das offensichtlich möchte, sondern es muss so schnell wie möglich gehandelt werden. Unsere Ermittlungsbehörden brauchen das Recht, Terrorverdächtige effizient zu überwachen, um massenmörderische Anschläge zu verhindern. Dazu gehört in Zeiten von E-Mail und Internet selbstverständlich auch das Instrument der Online-Fahndung. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in seinem Einsatz für dieses unabdingbare Ermittlungsinstrument. Der Einführung der Online-Fahndung zum Schutz der Bürger darf sich auch der Koalitionspartner nicht verweigern!

Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2007, 13.09.2007

Landesgruppe NRW der CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:

Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

www.cdu-landesgruppe-nrw.de